

Seinesgleichen geschieht Der Kommentar des Herausgebers

Wider den Missbrauch der Flüchtlingsfrage durch die Regierung

Auf der griechischen Insel Lesbos lebten im Lager Moria gestrandete Flüchtlinge vor allem aus Afghanistan, dem Irak, Syrien, 13.000 an der Zahl, Familien, aber auch, wie das Monsterwort sagt, „unbegleitete“ Kinder (als ginge es um eine Art Escort-Service). Seit Jahren wurden sie in einem Lager festgehalten, das für maximal 3000 Menschen vorgesehen war. Die hygienischen und sozialen Verhältnisse dort sind unerträglich. Die griechische Bevölkerung, anfangs Flüchtlingen freundlich gesinnt, hat sich gegen sie gewendet. Rechtsextremisten versuchen, Anschläge zu verüben. Hilfsorganisationen werden von Behörden schikaniert. Und jetzt drohen Corona-Infektionen.

Asylanträge der Internierten werden schleppend behandelt. Ihre Situation ist aussichtslos. Sie stecken in einer Falle. Sie sind vor Krieg und Verwüstung geflohen in der Hoffnung auf eine andere Welt, vor allem in der Hoffnung, ihr Leben zu retten, in jeder Hinsicht. Das ist ihnen gelungen, und doch haben sie ihr Leben verloren. Sie wurden in Material verwandelt, in Spielmaterial. Das macht sie so verzweifelt, dass sie ihre eigenen Hütten anzünden.

Die Griechen verwenden sie zur Abschreckung. Deswegen errichtet man ihnen keine menschlichen Unterkünfte, sondern erneut Zeltstädte. Deswegen pfercht man sie zusammen und behandelt sie schlecht, damit ihr Leid von anderen Fluchtwilligen gehört werde und diese abschrecke.

Politiker europäischer Länder verwenden diese Ärmsten als Anschauungsmaterial ihrer Politik. Sie sprechen nicht von Menschen, sondern von Bildern, schrecklichen Bildern, die sich nicht wiederholen dürfen. Es geht ihnen nicht um ein Grenzregime, das wird an Schlagbäumen, Zäunen und in Verträgen verhandelt. Die Flüchtlinge dienen jeder noch so fernem Politik als Spielmaterial.

Die Mittelständler aller westlichen Länder spüren, dass die Umverteilung zu ihren Lasten geht. Global wird umverteilt, generell nach oben. Aber auch den neuen Mittelklassen in China und Indien geht es besser, den alten in den USA und Europa tendenziell schlechter. Die Politiker des Westens brauchen aber Mittelklassen zu ihrer Wahl.

An die Milliarden der Europäischen Union und der USA wollen diese Politiker heran, dazu brauchen sie die Macht im eigenen Land. Die sichern sie sich mit dem Schüren nationalistischer Ressentiments. Viktor Orbán ist ein Prachtexemplar dieser Gattung: kassiert EU-Gelder satt, redet zugleich gegen Soros und die liberale Demokratie, macht die Grenzen dicht und die Demokratie kalt.

Etwas subtiler geht es weiter westlich zu. Hier regiert nicht Kleptokratie, sondern „Unternehmerfreundlichkeit“, hier spitzt man (meistens) nicht auf Kohle für die eigene Tasche, sondern auf Top-Jobs nach den Mühen der Regierungsverantwortung. Das Spiel bleibt das gleiche: Was ist zustimmungsfähig, was mobilisiert unsere digital aufgeschichteten und analog verhetzten Zielgruppen? Wie können wir sie mit alten und neuen propagandistischen Hausmitteln bei der Stange halten?

Nationalistisches Ressentiment ist im Moment die bessere Erzählung, es hat die Macht der Gewehre und die Macht

ARMIN THURNHER

ist Mitbegründer,
Herausgeber und
Chefredakteur der Wiener
Wochezeitung Falter



Wut und Empörung über das Verhalten sich europäisch nennender Politiker nützen wenig. Es fehlt eine Politik, die ihnen standhalten könnte. Hier sind fünf Anregungen dazu



Schreckliche Bilder, Menschenmaterial, Abschreckungswaffen: Flüchtlinge im Lager Moria

Mehr vom Autor zur Regierung in seiner Seuchenkolumne, täglich auf falter.at

des Geldes auf seiner Seite. Wie kann man es knacken? Nicht mit Empörung. Dieses halb weinerliche, halb grimme Beharren darauf, kraft strengen Grenzregimes populär zu sein, hat die Zustimmung der Mehrheit. Flüchtlinge sind ihm menschliche Waffen, die andere gegen uns richten. Wir müssen diese Waffen gegen ihre Absender richten, versichern uns radikalopportunistische Politiker.

Es ist nicht müßig, Leuten, die mit sorgfältig gegroomten Betroffenheitsgesichtern sorgfältig gegroomte Sprachteile absondern, ihre eigene weniger gut gekämmte christliche Moral vorzuhalten. Es ist bloß sinnlos. Sie haben die bessere Erzählung, sie haben die Macht der Medien und am Ende die Autorität der Waffen auf ihrer Seite.

Wie wäre es mit einer politischen Gegenerzählung? Worum ginge es dabei? Erstens um den Hinweis, dass das Verhalten von Kurz & Co auf Desintegrierung der Europäischen Union hinausläuft. Das lässt am Ende einen kleinen, schwachen, schutzlosen Nationalstaat Österreich zurück, wirtschaftlich und militärisch auch im Verbund mit Ungarn, Tschechien, Polen und von mir aus Slowenien zu schwach, um einer Gefahr standzuhalten, welcher Art auch immer.

Zweitens um die Klarstellung, was das heißt, Grenzregime. Die Linke und die menschlich Guten müssen die Falle vermeiden, die da lautet: Grenzen auf, lasset alle zu uns kommen, die da wollen. Da sind (und waren 2015) keineswegs nur Gute dabei. Ja, ein Staat muss Menschen auch abweisen können. Mit Gründen.

Drittens, ich sage das hier nicht zum ersten Mal, muss „2015“ politisch zurückgewonnen werden. Es war eine Katastrophe, aber für jene, die flohen. Für Europa war es großteils eine Sternstunde der Menschlichkeit. Einerseits. Auch eine Stunde momentanen Staatsversagens, andererseits, das man nicht eingestand, sondern das man still umzuinterpretieren versuchte. Man hätte sagen sollen, man sollte jetzt sagen: Jawohl, wir hätten als Staaten niemanden unkontrolliert hereinkommen lassen dürfen. Helfen aber hätten wir müssen.

Viertens schadet eine nur negativ orientierte Migrationspolitik dem Ansehen, vor allem aber der Zukunft Österreichs. Es wird der Tag kommen, da werden unsere überalterten Staaten Nachwuchs brauchen, und zwar qualifizierten. Es mag heute kurios klingen, es kann aber durchaus sein, dass die jetzt Regierenden mit ihrer Abweisungshaltung Österreichs kommenden Generationen einen schweren Wettbewerbsnachteil einhandeln.

Fünftens schadet die Loslösung Österreichs vom Westen und die Hinwendung zum Ex-Ostblock dem Land auch auf andere Weise ökonomisch. Wer wie Sebastian Kurz Rabatte von der EU fordert, kann sich nicht in der Flüchtlingsfrage seinen Pflichten entziehen, sagte Angela Merkel erzürnt über Österreichs Haltung. Die Laune des EU-Hegemonen spielt keine Rolle, aber wenn in der allgemein vorhergesagten Wirtschaftskrise der Ton schärfer wird, tun das vielleicht Rabatte, die man nicht mehr bekommt.

Menschlichkeit ist kein Gebot der ökonomischen Vernunft. Unmenschlichkeit schadet nicht nur der Seele. Sie schadet ökonomisch und politisch.

